

**BEIRAT HEMELINGEN
BEIRAT OSTERHOLZ
BEIRAT OBERNEULAND**

Niederschrift über die öffentliche Beiratssondersitzung

Sitzungstag: 17.09.2008	Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr	Sitzungsende: 21:15 Uhr	Sitzungsort: Bürgerhaus Hemelingen Sitzungssaal
----------------------------	------------------------------	----------------------------	---

Anwesend waren:

Vom Ortsamt Hemelingen:

Herr Ullrich Höft	Ortsamtsleiter
Herr Theodor Dorer	Schriftführer

Vom Ortsamt Osterholz:

Herr Ulrich Schlüter	Ortsamtsleiter
----------------------	----------------

Vom Ortsamt Oberneuland:

Herr Rainer Kahl	Ortsamtsleiter
------------------	----------------

Vom Beirat Hemelingen:

Herr Gerhard Arndt	Frau Christa Nalzek
Frau Ruken Aytas	Herr Karl-Heinz Otten
Herr Ralf Bohr	Frau Dorothee Perßon
Frau Hannelore Freudenthal	Herr Peter Riedel
Herr Andreas Hipp	Frau Anke Ritter
Herr Heinz Hoffhenke	Frau Sieglinde Rosenthal
Herr Kai Hofmann	Herr Matthias Roßberg
Frau Melanie Kennard	Frau Karin Schnakenberg
Frau Christa Komar	Herr Ingo Tebje

Vom Beirat Osterholz:

Herr Dillmann	Frau Haase
Herr Haase	Herr Hohn
Herr Hunold	Herr Massmann
Frau Meister	Frau Osterhorn
Herr Osterhorn	Herr Sporleder
Herr Tuncel	Frau Vetter
Herr Wilkens	

Vom Beirat Oberneuland:

Frau Gabriele Brünings	Herr Stefan Martin
Herr Kay Entholt	Frau Levka Muratidis
Herr Siegfried Fliegner	Frau Annelis Thiel

Herr Höft (Ortsamtsleiter Hemelingen) eröffnete die Sitzung und begrüßte die Erschienenen mit einer kurzen Einleitung zur Tagesordnung.

Tagesordnung:

- Information über die Neufassung des Beirätegesetzes
- Diskussion zur Erarbeitung einer Stellungnahme

Herr Kammeyer aus der Senatskanzlei informiert über den anliegenden Referentenentwurf zur Novellierung des Ortsgesetzes für Beiräte und Ortsämter mit Hilfe einer Power-Point Präsentation.

Die Moderation der anschließenden Diskussion übernimmt Herr Schlüter (Ortsamtsleiter Osterholz), Herr Kammeyer beantwortet Fragen der Anwesenden.

Herr Dillmann (Osterholz):

-die im Beiratsgesetz vorgesehenen Regionalausschüsse sollten über die Stadtgrenzen hinweg die Umlandgemeinden mit einbeziehen.

Antwort: dieses ist über die Landesgrenze hinaus nicht möglich.

-gibt es im Einigungsverfahren mit der Stadtbürgerschaft ein Rederecht des Beiratssprechers?

Antwort: dieses muss die Stadtbürgerschaft noch regeln

-gibt es für die Erledigung der zusätzlichen Rechte und Aufgaben der Beiräte und Ortsämter eine zusätzliche Personalausstattung?

Antwort: es gibt eine Arbeitsgruppe zur Analyse des Personalbedarfs und zur Qualifizierung des Personals.

-ist zukünftig eine Vertretungsregelung des Ortsamtsleiters durch den Beiratssprecher vorgesehen?

Antwort: dies ist nicht beabsichtigt.

Herr Fliegner (Oberneuland):

-es handelt sich hier um einen nicht mit den Fachressorts abgestimmten Referentenentwurf, der sich hoffentlich nicht als „Wunschverzeichnis“ herausstellt.

-der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsrechte wird von den Beiratssprechern abgelehnt. Stattdessen soll der Gesamtbeirat erhalten bleiben.

-der Gesamtbeirat muss sich bis zur endgültigen Entscheidung mit dem Entwurf befassen und dazu Stellung beziehen.

Herr Hunold (Osterholz):

-Sitzungen des Beirats und seiner Ausschüsse sollen zukünftig grundsätzlich öffentlich sein. Wie ist das Wort „grundsätzlich“ auszulegen?

Antwort: alle Sitzungen mit schützenswerten Daten sind weiter nicht öffentlich.

Herr Hohn (Osterholz):

-der Beirat hat bisher keinen Einfluss auf die Verteilung der Stadtteilbezogenen Mittel wie WiN und LOS. Zukünftig sollte vor der Verteilung eine Befassung des Beirats erfolgen.

Antwort: die WiN-Projekte in Bremen werden extern (in anderen Gemeinden) als Vorbild für Bürgerbeteiligung angesehen. Bei LOS handelt es sich um Bundesmittel, an der Vergabe von Impulsmittel durch die Stiftung Wohnliche Stadt wird der Beirat beteiligt. Ein Vetorecht des Beirats bei der Mittelvergabe ist nicht vorgesehen.

Herr Arndt (Hemelingen):

-der Beirat Hemelingen hat einen Ausschuss, der sich mit der Vergabe der WiN-Mittel befasst. Im Forum erfolgt die Verteilung nach dem Konsensprinzip ohne Beiratsvorrecht.

-die LINKE ist für die Beibehaltung des Gesamtbeirats, da dort inhaltliche Arbeit für die Beiräte statt findet.

-die LINKE fordert die Übertragbarkeit der Globalmittel
Antwort: hierüber entscheidet der Haushaltsgesetzgeber. Die Übertragbarkeit wurde für 2007 beschlossen, hierauf besteht aber kein Anspruch. Die Antwort nach der Größenordnung der Mittel ergibt sich aus dem Haushaltsgesetz.

-die Neuordnung der Mediation und des Managements der Ortsämter befindet sich in einer Übergangsphase, letztendlich muss entsprechendes Personal zur Verfügung stehen.

-die LINKE ist gegen einen Mandatsverfall bei Wegzug aus dem Stadtteil während einer Legislaturperiode.

-wenn Stadtteilbudgets zur Unterhaltung von Spielplätzen, Straßen und Grünanlagen eingerichtet werden, soll ihr Abruf durch die Fachressorts in Abstimmung mit dem Beirat erfolgen.

Herr Wilkens (Osterholz):

-plädiert dafür, dass die Vergabe von WiN und LOS-Mitteln im Beirat vorgestellt wird.

-wenn es sich bei den Beiräten um Kommunalparlamente handelt, sollte die Sitzungsleitung auch durch den Beirat erfolgen.

-die Bezeichnung Beirat / Regionalausschuss sollte überdacht werden.

Herr Rossberg (Hemelingen):

-weist auf den Konflikt zwischen Gesamtbeirat und Parlamentsausschuss hin und spricht sich für die Beibehaltung des Gesamtbeirats aus.

Antwort: Arbeit und Aufgaben des Parlamentsausschusses sind noch in der Findungsphase.

-der Beirat benötigt das Recht zur Koordination und Prioritätensetzung bei Finanzierungen aus Stadtteilbudgets.

-ist ein passives Wahlrecht mit 16 Jahren vorgesehen?

Antwort: hierüber entscheidet die Stadtbürgerschaft.

-die Stadtteilbezogenen Mittel müssen zukünftig genauer als bisher definiert werden.

Herr Schlüter (Ortsamtsleiter Osterholz):

-spricht sich für ein Rederecht der Ortsamtsleiter im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsrechte aus.

Herr Massmann (Osterholz):

-weist auf die Mehrarbeit für Beiräte und Ortsämter und die damit verbundenen höheren Kosten u.a. für Sitzungsgelder hin. Werden diese auch aus Globalmitteln bezahlt?

Antwort: Globalmittel sind Investitionsgelder, Sitzungsgelder belasten dagegen den konsumtiven Personalhaushalt.

Frau Kennard (Hemelingen):

-der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsrechte hat begrüßenswerte Funktionen für den Bürger. Problematisch ist das nicht vorgesehene Rederecht für den Gesamtbeirat.

-spricht sich für die Beibehaltung des Gesamtbeirats und für die parallele Institutionierung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiratsrechte aus.

-gab es in der Vergangenheit Probleme bei Wohnortwechsel aus dem Stadtteil und weiterer Wahrnehmung des Mandats?

Antwort: es gab Situationen, wo die Meinung Fortgezogener im Beirat nicht mehr ernst genommen wurde.

Frau Rosenthal (Hemelingen):

-begrüßt die Zielsetzung des Entwurfs.

-betont, dass die Senatsressorts zur Einhaltung der Koalitionsvereinbarung verpflichtet sind.

-merkt an, dass die BeiratssprecherInnen eine Art Vorbereitungsgremium vor dem Parlamentsausschuss brauchen.

-kritisiert die bisherige Arbeit des Gesamtbeirats, dessen Arbeit durch mehr Transparenz geprägt sein sollte.

-die vorgesehenen Planungskonferenzen müssen näher erläutert werden.

Antwort: es handelt sich um einen „Bremer Weg“ zur Verzahnung der sieben Ressorts und der Beiräte.

-bei den WiN-Foren handelt es sich um eine neue Form der Demokratie, die beibehalten werden sollte.

Herr Hunold (Osterholz):

-hat es missfallen, dass die vorgesehenen Gesetzesänderungen nicht begründet und damit nur schwer nachvollziehbar sind.

Antwort: einen Entwurf mit Begründung zu erstellen ist sehr aufwendig, die Endfassung wird aber eine Begründung enthalten.

Herr Hipp (Hemelingen):

-hält die vorgesehene grundsätzliche Barrierefreiheit von Räumen für fraglich weil nicht immer umsetzbar.

Antwort: auch mit dieser Grundsätzlichkeit kann man umgehen.

Herr Bohr (Hemelingen):

-das bei zukünftigen Beiratswahlen vorgesehene kumulieren und panaschieren ermöglicht eine hohe Wahlzustimmung. Ein Mandatsverlust bei Umzug aus dem Stadtteil erscheint deshalb unter Umständen fraglich.

Herr Otten (Hemelingen):

-die Planungskonferenzen müssen finanziell unterfüttert werden.

Antwort: die Ressorts sollen über ihre Tätigkeiten informieren, hierfür ist keine finanzielle Ausstattung nötig.

Herr Kahl (Ortsamtsleiter Oberneuland):

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, beendet Herr Kahl mit einem Schlusswort um 21:10 Uhr die Beiratssitzung.

Gez. Höft

OAL Hemelingen

Gez. Schlüter

OAL Osterholz

Gez. Kahl

OAL Oberneuland

Gez. Dorer

Schriffthührer